

ESM-Urteil Reaktionen in Deutschland

Die Entscheidung ist in Berlin auf ein weitgehend positives Echo gestoßen. Parteiübergreifend wurde begrüßt, dass die Karlsruher Richter eine Haftungsbergrenze festgelegt und die Rechte des Bundestages betont haben. Von Experten gab es jedoch auch Kritik.



Gegen den Rettungsfonds hatten viele geklagt, darunter so bekannte Politiker wie Peter Gauweiler (CSU) und Herta Däubler-Gmelin (SPD). Auf unserem Foto sehen wir sie vor der Urteilsverkündung in Karlsruhe. Nachher äußerte sich Gauweiler durchaus zufrieden, obwohl das Gericht seinen Antrag abgelehnt hatte. Foto: Uli Deck/dpa

Regierung, Opposition und Kritiker zufrieden

Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigt rasche Debatte über Reform der Währungsunion an – Ziel: Mehr Kontrolle über national Haushalte

Von Christian Kerl

Aufatmen in der Bundesregierung nach dem Urteil des Verfassungsgerichts und ebenso bei SPD und Grünen, die die Euro-Rettungspolitik unterstützt haben.

Kanzlerin Angela Merkel sprach im Bundestag von einem „guten Tag für Deutschland und Europa“, Oppositionsführer Frank-Walter Stein-

meier (SPD) von einer „guten Botschaft“. Mit der Entscheidung war in Berlin zwar fest gerechnet worden, doch Merkel, die die Urteilsverkündung am Fernseher in ihrem Büro im Bundestag verfolgte, war sichtlich erleichtert: Ihre Rettungspolitik wurde im Kern bestätigt. Zwar erfordern die Auflagen des Gerichts womöglich zusätzliche Abstimmungen mit dem Bundestag, doch Merkel

nahm das gelassen: Die Bekräftigung der Parlamentsrechte gebe Bundestag und Bürgern Sicherheit.

Merkel kündigte gleich ein neues EU-Projekt an: Bis Dezember soll der Bundestag über eine Reform zur politischen Stärkung der Währungsunion beraten – mehr Kontrolle der nationalen Haushalte, mehr demokratische Legitimation. Wobei Merkel offen ließ, ob dazu eine Ände-

rung der EU-Verträge notwendig sein wird.

Auch Steinmeier wirkte erleichtert und lobte, Haushaltshoheit und Informationsrechte des Bundestags seien gestärkt worden. Er suchte aber auch die Abgrenzung zu Merkel: Sie sei mitverantwortlich dafür, dass die EZB unbegrenzt und ohne parlamentarische Kontrolle Anleihen kaufe.

Unterschiedlich reagierten die Kritiker: Linke-Fraktionschef Gregor Gysi, einer der Kläger in Karlsruhe, meinte: „Mehr war nicht zu erwarten.“ Das Verfassungsgericht habe erstmals völkerrechtlich verbindliche Vorbehalte gefordert. Eurorettungs-Skeptiker Wolfgang Bosbach (CDU) warnte dagegen, jetzt werde aus der Währungsunion eine Haftungs- und Transferunion.

Experten-Umfrage nach dem Karlsruher Urteil



Dietrich von der Oelsnitz, Wirtschaftsprofessor an der TU Braunschweig



Christian Lips, Volkswirt bei der Norddeutschen Landesbank in Hannover



Professor Ulrich Menzel, Politikwissenschaftler an der TU Braunschweig



Professor Nils Bandelow, Lehrstuhl für Innenpolitik der TU Braunschweig



Mathias Erlei, Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Clausthal

Wie bewerten Sie das Urteil der Verfassungsrichter?

Ein rabenschwarzer Tag für den deutschen Steuerzahler: Das Urteil schreibt auf unabsehbare Zeit enorme Haftungssummen für Deutschland fest. Dass der Bundestag bei Erhöhung des Finanzlimits zustimmen muss, ist reine Makulatur. Künftig wird viel Geld vernichtet, mit dem man andernorts Gutes hätte bewirken können – etwa unsere eigenen Staatsschulden reduzieren oder die Not in der Dritten Welt lindern. Stattdessen geht es an im Kern reformunwillige Länder.

Das Urteil ist ausgewogen. Es zeigt, dass Konkretisierungen zum ESM-Vertrag nötig waren. Die Klarstellungen des Gerichts bedeuten einen Achtungserfolg für Kläger, die sich um die Demokratie gesorgt haben. Es ist aber auch eine Schlappe für diejenigen, die schlicht Euro-Gegner sind. Aufhören ließen die kritischen Untertöne des Gerichts zu den geplanten Anleihekäufen der Zentralbank. Darüber wird ja erst im Urteil zur Hauptsache entschieden.

Womöglich ist es gar nicht mehr so wichtig, wie wir vor zwei Wochen noch dachten. Da die Länder unter dem Rettungsschirm sich über die Zentralbank finanzieren können, verlieren die Haftungs-Obergrenzen aus dem ESM-Vertrag an Bedeutung. Die Vorbehalte des Verfassungsgerichts werden unterlaufen, weil die EZB durch unbegrenzte Anleihenkäufe das Haftungsrisiko für Deutschland massiv erhöhen kann, ohne dass der Bundestag gefragt werden muss.

Auch wenn manche so tun: Niemand weiß, ob der Rettungsschirm ESM funktionieren wird. Das liegt daran, dass sich menschliches Verhalten nicht vorhersagen lässt – freilich auch nicht von Karlsruher Richtern. Insofern beunruhigt mich das Urteil. Aber ehrlich gesagt wäre ich auch dann nicht beruhigt, wenn das Urteil anders ausgefallen wäre. Ich glaube, so geht es vielen Menschen in diesen Tagen.

Als Ökonom bin ich unzufrieden mit dem Urteil, weil damit eine Rettungspolitik fortgesetzt werden kann, die auf Dauer nicht funktioniert. Ich möchte aber den Schwarzen Peter nicht dem Gericht zuschieben: Es ist nicht seine Aufgabe, die Sinnhaftigkeit des ESM ökonomisch zu prüfen. Die Fehler liegen bei der Politik. Immerhin hat das Gericht die Unbestimmtheit der Haftungsobergrenze festgesetzt und ein vorläufiges Limit von 190 Milliarden Euro festgeschrieben.

Spekulieren Sie mal: Wie geht es nun weiter mit dem Euro?

Als Bürger sollten wir sehr wachsam bleiben. Die EU hat ja bereits die Pläne zur Bankenunion gelüftet. Damit „retten“ wir nicht mehr nur Staaten, sondern auch deren Banken. Der Steuerzahler wird so zur Steuergel für verfehlte Anlagestrategien und nicht wettbewerbsfähige Geschäftsmodelle in Süd- und Osteuropa. Es klingt düster, aber: Aber eine zentrale EU-Wirtschaftsregierung wird diese Entwicklung weiter beschleunigen und Deutschlands Souveränität weiter aushöhlen.

Sicherlich löst der nun im Kern genehmigte ESM die Krise nicht, aber er räumt Unsicherheiten aus dem Weg und verschafft Europa eine Atempause. Wichtig ist, dass die Staaten der Euro-Zone diese Atempause nutzen, um ihre grundlegenden Probleme anzugehen – etwa die noch immer bestehenden Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen oder die teils dramatisch hohen Primärdefizite.

Ich vermute, die Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen weitere Geldtransfers in Krisenländer still und leise begraben. Da sie aber weiß, dass sich für weitere Rettungspakete im Bundestag keine Mehrheiten mehr organisieren lassen, gibt es nun eben den eleganteren Weg über die EZB. Mit den geplanten Anleihekäufen wird der Bundestag umgangen. Darin zeigt sich ein Grundproblem vieler europäischer Institutionen: Sie sind nicht ausreichend legitimiert.

In unserem Finanzsystem gibt es zahlreiche Verzerrungen und falsche Anreize. Das meiste Geld wird nicht verdient, indem Werte geschaffen werden, sondern durch Spekulation. Solange das so ist, wird unser System wirtschaftlich und politisch immer instabil sein. Daran kann kein Rettungsschirm etwas ändern. Der ESM bekämpft Symptome. Wenn wir an die Ursachen heranwollen, müssen wir die Finanzmärkte intelligent regulieren.“

Vielleicht gibt es eine Atempause von ein paar Monaten, aber dann kommen die Probleme in verschärfter Form zurück. Dann könnten neue Rettungsmaßnahmen fällig werden. Solange das so ist, wird alle Regeln zum Schutz des Euro ohne zu zögern gebrochen werden. Wäre das nicht so, könnte man an den Erfolg der jetzigen Rettungsmaßnahmen glauben. Es gibt aber keinen Grund dafür, dass die heute gegebenen Versprechen mehr wert sind als die alten.